

Abgabe nicht flächendeckend

Der Regierungsrat ist gegen ein Verteilverbot einer Broschüre der Aids-Hilfe.

Wie der Regierungsrat des Kantons Zürich in seiner Antwort auf eine Anfrage der Kantonsräte Claudio Schmid (SVP, Bülach) und Stefan Dollenmeier (EDU, Rüti) schreibt, gäbe es keine Veranlassung, eine Strafanzeige gegen die Broschüre «Selbstverständlich» einzureichen. Die Broschüre informiere offen über das Thema Homosexualität und vermittele rein sachliche Fakten und räume zudem der Bedeutung von zwischenmenschlichen Beziehungen Raum ein. Das Schwul-beziehungswise Lesbischsein werde nicht einfach aus der sexuellen Optik beleuchtet.

Die Broschüre, die junge Schwule aufklären und bei ihrem allfälligen Coming Out begleiten soll, eigne sich insbesondere für persönliche Beratungen und den Einsatz in spezialisierten Institutionen. Sie sei jedoch nicht geeignet für eine flächendeckende, unkommentierte Abgabe an Jugendliche und junge Erwachsene. So laute auch die Empfehlung der Aids-Hilfe Schweiz, die eine Abgabe an unter 16-Jährige als nicht geeignet erachtet. Die Bildungsdirektion des Kantons Zürich habe nicht die Absicht, die Verteilung der Broschüre an den Schulen zu empfehlen. (ZU)